



**Hamburger  
Energiewerke**

## **Sicherheitsregeln für Fremdfirmen**

**Stand: 26.07.2024**

Sehr geehrter Auftragnehmer,

Sie wurden als Dienstleister der Hamburger Energiewerke GmbH (im Weiteren „HENW“ genannt) zur Erbringung von Leistungen bzw. Dienstleistungen beauftragt.

Wir begrüßen Sie, Ihre Mitarbeitenden und alle in Ihrem Auftrag arbeitenden Erfüllungsgehilfen hiermit herzlich auf dem Betriebsgelände oder an/in einer Anlage bzw. auf einer Baustelle der HENW (nachfolgend „Einsatzort“) und wünschen Ihnen eine reibungslose und zufriedenstellende Auftragserfüllung.

Die Unternehmensgrundsätze der HENW zum „Arbeits- und Umweltschutz“ des Auftraggebers (AG) geben dem Schutz von Leben und Gesundheit am Arbeitsplatz höchste Priorität und zielen auf die Vermeidung von physischen Verletzungen und psychischen Schäden von Personen während der Arbeit.

Darüber hinaus wird der Schutz der Umwelt und der sparsame Umgang mit Ressourcen, insbesondere mit Energie, als zentrales Ziel verfolgt: aus diesem Grund sind die negativen Einwirkungen auf Umwelt und Umgebung bei allen Arbeiten auf das absolut notwendige Minimum zu beschränken.

Unsere Informationen und die Informationen unserer Kunden und Geschäftspartner sind Werte, die zu schützen sind. Deshalb sind die Vertraulichkeit, Integrität, Authentizität und Verfügbarkeit von Informationen durch die Implementierung geeigneter Maßnahmen sicherzustellen.

Wir bekennen uns zur Einhaltung aller relevanten rechtlichen Verpflichtungen sowie der Einhaltung aller bindenden und freiwilligen Verpflichtungen gegenüber unseren interessierten Parteien. Wir verpflichten uns, unser Handeln gemäß diesen Vorgaben und den daraus abgeleiteten Standards auszurichten.

Damit Ihre und unsere Mitarbeitenden unbeschränkt und sicher arbeiten können, ohne sich gegenseitig zu gefährden, und unsere Sicherheitsanforderungen berücksichtigt werden, haben wir diese Sicherheitsregeln für Fremdfirmen festgeschrieben, die die Zusammenarbeit erleichtern sollen.

Diese Broschüre soll ein einheitliches Handeln zur Durchsetzung der wesentlichen Anforderungen bezüglich der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes, des Umwelt- und Brandschutzes, der Informationssicherheit, dem Datenschutz und der Compliance bewirken.

Wir haben im Einzelnen aufgeführt, welche Aufgaben, Maßnahmen und organisatorischen Abläufe zu beachten sind. Wir wollen damit einen Beitrag zur Vermeidung von personellen, materiellen und Umweltschäden sowie zur Erhöhung der allgemeinen Sicherheit leisten.

Diese Sicherheitsregeln für Fremdfirmen sind für den AG tätige Auftragnehmer (AN) einschließlich deren Nachunternehmer, Besucher und sonstigen Personen, die sich in/auf den Liegenschaften oder auf örtlichen Bauvorhaben der HENW befinden, verbindlich und Bestandteil des jeweiligen Auftrages.

Jede Zuwiderhandlung gegen die Bestimmungen dieser Sicherheitsregeln für Fremdfirmen wird geahndet und kann zu einem Verweis aus dem Einsatzort führen.

Verstöße gegen die nachfolgenden Vorschriften können auch zu einer Kündigung des Auftragsverhältnisses zwischen Ihnen und unser Unternehmen führen.

Sie sind dafür verantwortlich, Ihre eigenen und die Ihnen zuarbeitenden Mitarbeitenden der Subunternehmen vor Aufnahme der Arbeit auf dem Einsatzort über die Inhalte dieses Regeln zu informieren und einzuweisen. Es muss sichergestellt werden, dass diese Inhalte verstanden und berücksichtigt sowie Ortsspezifika bekannt sind. Dies gilt auch, wenn Sie und Ihre Mitarbeitenden innerhalb des Standortes den Arbeitsplatz wechseln.

Mit diesem Dokument wollen wir einen Beitrag, zur Vermeidung von Personen- und Umweltschäden sowie zur Erhöhung der Arbeitssicherheit, leisten.

Wir sind überzeugt, dass dieses Anliegen in unser aller Interesse liegt, und zählen auf eine gute Zusammenarbeit bei der Umsetzung.

Sollten Sie Fragen zu diesem Dokument haben, dann wenden Sie sich bitte an Ihren jeweiligen Ansprechpartner.

## Inhalt

1	Geltungsbereich .....	4
2	Verbindliche Umsetzung .....	4
2.1	Relevante Unterlagen .....	4
2.2	Senkung des Gefährdungspotentials, Koordination .....	5
2.3	Koordination.....	5
2.4	Arbeitsunterbrechungen bei akuten Gefahrensituationen .....	5
3	Regelungen zum Arbeits- und Umweltschutz .....	5
3.1	Anforderungen an die Mitarbeiter des AN.....	5
3.2	Arbeitsschutz- und Umweltschutzanforderungen an den AN .....	6
3.3	Beauftragung von Nachunternehmern .....	7
3.4	Unfall- und Schadensmeldungen .....	7
3.5	Mitwirkung im Umwelt- und Energiemanagement .....	8
3.6	Einhaltung von Umweltvorschriften .....	8
4	Zutrittsregelung .....	9
4.1	Identifikation.....	9
4.2	Einweisung/Unterweisung .....	9
4.3	Zutrittsverbote.....	9
4.4	Einfahrtgenehmigung .....	9
5	Unterbringung, Sozialräume .....	10
6	Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit .....	10
6.1	Kennzeichnung der Geräte .....	11
6.2	Personalabzug bzw. Verweis von einer Liegenschaft oder einer Anlage .....	11
6.3	Verbot von berauschenden Mitteln, Regelungen zum Nichtraucherchutz .....	11
6.4	Erste-Hilfe-Organisation .....	11
7	Arbeitszeitregelungen .....	12
7.1	Einhaltung der Regelungen des ArbZG:.....	12
7.2	Arbeitsbezogene Zeitregelungen (mehrschichtige Gewerke) .....	12
7.3	Anmeldung von Wochenend- und Feiertagsarbeit .....	12
7.4	Zeiterfassung .....	12
8	Ansprechperson in der HEnW .....	12
9	Arbeits- und Betriebsmittel .....	13
9.1	Werkzeuge und Hilfseinrichtungen .....	13
9.2	Funkverkehr, Mobiltelefone .....	13
10	Persönliche Schutzausrüstung (PSA).....	13
11	Arbeiterlaubnis- und Freigabeverfahren .....	14
12	Vorabgespräch.....	14
13	Fachspezifische Regelungen zum Arbeits- und Umweltschutz .....	14
13.1	Gefährliche Arbeiten nach DGUV, BauStellV (Sicherheitskonzept) .....	14
13.2	Tiefbauarbeiten.....	14

13.3	Arbeiten in Höhen .....	15
13.4	Kranarbeiten, Hub- und Zugarbeiten.....	15
13.5	Einsatz von Hubarbeitsbühnen .....	16
13.6	Gerüstbauarbeiten.....	16
13.7	Arbeiten auf Gerüsten.....	16
13.8	Elektrotechnische Arbeiten .....	16
13.9	Heiarbeiten, Brand- und Explosionsschutz .....	17
13.10	Arbeiten in Behältern/engen Räumen .....	18
13.11	Arbeiten mit Winkelschleifern .....	18
13.12	Arbeiten mit Gefahrstoffen .....	19
13.13	Stäube und Fasern (KMF):.....	19
13.14	Asbest .....	19
13.15	Umgang mit Staub, staubförmigen Arbeitsstoffen.....	19
13.16	Umgang mit wassergefhrenden Stoffen .....	19
13.17	Strahlung und Gefahren bei der „Zerstörungsfreien Prüfung“ (ZfP) .....	20
14	Transporte .....	20
14.1	Anlieferverkehr .....	20
14.2	Anforderungen an Transporte mit Kippsattelzgen/Muldenkippern .....	20
14.3	Einsatz von Flurförderzeugen.....	21
14.4	Arbeiten und Aufenthalt in der Nähe von spannungsführenden Freileitungen.....	21
14.5	Baustromversorgung .....	21
15	Ergänzende Sicherheitsregeln bei Tätigkeiten im Bereich Erzeugung .....	22
15.1	Begriffserklärungen .....	22
15.2	Allgemeine Hinweise.....	23
15.3	Arbeitserlaubnisverfahren.....	24
15.4	Fachspezifische Regelungen zum Arbeits-, Brand- und Umweltschutz .....	26
15.5	Verhalten an, in und in der Nähe von elektrischen Anlagen .....	28
16	Informationssicherheit und Vertraulichkeitsvereinbarung .....	29
17	Haftungsausschluss .....	29

## 1 Geltungsbereich

Die Sicherheitsregeln für Fremdfirmen gelten für alle Arbeiten sowie Transportdienstleistungen in den Liegenschaften oder an/in einer Anlage (örtlichen Bauvorhaben) der Hamburger Energiewerke GmbH (HENW).

Eingeschlossen sind auch Bauleistungen und Revisionsarbeiten an den Kraftwerks-Standorten.

Bei diesen sind ergänzend zu den Sicherheitsregeln für Fremdfirmen die Anforderungen der Baustellenordnung oder der jeweiligen Revisionsordnung umzusetzen.

## 2 Verbindliche Umsetzung

Die Einhaltung der in diese Sicherheitsregeln für Fremdfirmen festgelegten Bestimmungen wird durch den AG sowie den AN überwacht.

Bei der Durchführung sämtlicher Arbeiten besteht für den AN die Verpflichtung zur Einhaltung aller gesetzlichen Vorschriften sowie der individuellen Vorgaben der HENW, insbesondere des Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz, Energiemanagement, Informationssicherheit und Datenschutz.

Der AN hat die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften und der ihm bekannt gegebenen Regelungen des AG sicherzustellen. Den diesbezüglichen Anordnungen des AG ist Folge zu leisten.

Jeder AN stellt sicher, dass während der Ausführung der Arbeiten mindestens eine deutschsprachige Verantwortliche Person der Fremdfirma pro Gewerk und Schicht anwesend ist. Diese ist vor Arbeitsaufnahme dem AG gegenüber namentlich zu benennen.

Der AG behält sich vor, im Zuge der Organisation von größeren Arbeiten entsprechend dem Arbeitsfortschritt spezifische Anweisungen und Mitteilungen herauszugeben, deren Bekanntmachung und Berücksichtigung durch den AN für deren Mitarbeiter sicherzustellen ist.

Gleiches gilt für die Anwendung sicherheitstechnischer und fachspezifischer Formulare im üblichen Rahmen in den Liegenschaften oder an/in einer Anlage des AG.

Jeder AN hat seine Mitarbeiter vor Arbeitsaufnahme über die für seine Liefer- und Leistungspflichten wesentlichen Bestimmungen dieser Sicherheitsregeln und der jeweils gültigen Anweisungen zu unterweisen und ist für deren Beachtung und Umsetzung verantwortlich.

Diese Unterweisung ist vom AN schriftlich zu bestätigen.

Der Unterweisungsnachweis ist vor Arbeitsaufnahme dem AG zu übergeben, bzw. am Arbeitsort zur Kontrolle bereitzuhalten.

Die Unterweisungen müssen in einer dem Mitarbeiter verständlichen Sprache durchgeführt werden und sind regelmäßig (Festlegung der Wiederholungsfristen auf Basis der AN-seitigen Gefährdungsbeurteilung) durchzuführen.

### 2.1 Relevante Unterlagen

Relevante Unterlagen des Auftragnehmers und seiner Subunternehmer, die zur Ausführung der vertraglich vereinbarten Leistungsumfänge notwendig sind (z.B. Sicherheitsdatenblätter, Gefährdungsbeurteilungen nach Arbeitsschutzgesetz, Vertraulichkeitserklärung), sind dem AG wie vereinbart oder umgehend auf Anfrage zur Verfügung zu stellen.

Soweit notwendig, sind vor Beginn der Arbeiten spezielle Anweisungen zu erstellen, über die der AG zu unterrichten ist.

Ein Nachweis über erforderliche Fähigkeiten (z.B. Anschläger, Schweißer) und Qualifikationen (z.B. verantwortliche Person für Elektroinstallationen, Berechtigung zum Arbeiten unter Spannung) ist am Einsatzort (siehe Kapitel Sicherheitspass) zur Kontrolle bereitzuhalten und kann vom AG überprüft werden.

### 2.1.1 Arbeitsmedizinische Vorsorge/ Eignungsuntersuchungen

Der AN ist dafür verantwortlich, sicherzustellen, dass alle für die Arbeit eingeteilten Mitarbeiter ggf. eine gültige medizinische Bescheinigung besitzen, die bestätigt, dass erforderliche Arbeitsmedizinische Vorsorge stattgefunden hat (gem. ArbMedVV).

Darüber hinaus muss der Auftragnehmer sicherstellen, dass er nur geeignete Mitarbeiter für Arbeiten, bei denen der Nachweis der gesundheitlichen Eignung erforderlich ist, einsetzt. Diese entsprechenden Nachweise sind dem AG auf Verlangen vorzulegen, z.B. über die Vorlage des Sicherheitspasses.

## 2.2 Senkung des Gefährdungspotentials, Koordination

Gemäß Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) sowie den dazugehörigen Verordnungen sind für alle Arbeiten (z.B. Herstellung, Montage, Betrieb, Wartung und Rückbau) Gefährdungsbeurteilungen zu erstellen und auf Verlangen dem AG vorzulegen.

Nach Bewertung der ermittelten Risiken sind die Schutzmaßnahmen mit dem Ziel einer konsequenten Reduzierung des Gefährdungspotentials zu definieren und einzuleiten.

Ziel ist es, Unfälle und Beinaheunfälle zu vermeiden sowie negative Auswirkungen auf Umwelt und Umgebung auszuschließen.

## 2.3 Koordination

Die Anforderungen der **DGUV Vorschrift 1, ArbSchG und Baustellenverordnung** bezüglich der Koordination sind vor Arbeitsaufnahme im Einvernehmen zwischen AG und AN zu klären und bei Bedarf schriftlich festzuhalten.

Wenn Koordinatoren (einer oder mehrere) für bestimmte Arbeiten festgelegt und benannt werden, so hat dies schriftlich zu erfolgen.

Insbesondere ist bei der Auswahl dieser Personen auf die fachliche und persönliche Eignung sowie auf die ggf. erforderliche Anlagen- und Ortskenntnis zu achten.

Für die Wahrnehmung von Koordinator-Tätigkeiten sind die entsprechende Weisungsfreiheit und Anordnungsbefugnis des Koordinators durch den AN sicherzustellen.

Übergreifende Gefährdungen sind, in Zusammenarbeit zwischen AN (ggf. mehrere) und AG vor Arbeitsaufnahme zu klären.

Die Festlegung und Umsetzung geeigneter Schutzmaßnahmen sind in diesem Falle gemeinsam voranzutreiben und sicherzustellen.

## 2.4 Arbeitsunterbrechungen bei akuten Gefahrensituationen

Beim Auftreten einer akuten Gefahrensituation während der Ausführung von Arbeiten sind die Arbeiten sofort zu unterbrechen und die Gefahr unverzüglich zu beseitigen.

Mit den Arbeiten darf erst wieder begonnen werden, wenn alle unsicheren Zustände beseitigt sind. Alle Kosten, die durch Arbeitsunterbrechungen aufgrund von Gefahrensituationen entstehen, die der AN zu vertreten hat, gehen zu Lasten des AN.

## 3 Regelungen zum Arbeits- und Umweltschutz

### 3.1 Anforderungen an die Mitarbeiter des AN

### 3.1.1 Eignung

Die Mitarbeiter des AN müssen für den Einsatz in den Liegenschaften oder an/in einer Anlage des AG fachlich und persönlich geeignet sein. Die Sicherstellung dieser Eignung sowie der geeignete, qualifizierte Nachweis dieser Eignung obliegt dem AN.

### 3.1.2 Fachkräfte, Sprache

Um ein sicheres Arbeiten bei Mehrsprachigkeit zu gewährleisten, sind folgende Anforderungen zwingend zu erfüllen:

1. Die offizielle Sprache in den Betriebsgeländen, Anlagen und/oder Baustellen der HEnW ist deutsch.

Dies gilt insbesondere für:

- Arbeitsverantwortliche des AN
  - Sicherheitsfachkräfte, Sicherheitsbeauftragte, Ersthelfer, Sicherungsposten und Brandwachen des AN
  - Bauleitung auf fachlicher Basis. Pro Arbeitsgruppe muss je 1 Bauleiter benannt werden. Die Festlegung erfolgt bei der Arbeitsplanung.
  - Verantwortliche, die für die Abstimmung der Arbeiten entsprechend §6 DGUV Vorschrift 1 / Baustellenverordnung gestellt werden (Koordinatoren, SiGeKo)
  - Verantwortliche für Schnittstellenkoordination,
  - Kontaktpersonen und Aufsichts-Personal
2. Mitarbeitende des AN, die noch nicht 18 Jahre alt sind, dürfen nur dann Arbeiten ausführen, wenn dies ausdrücklich mit dem AG vereinbart wurde und nicht den gesetzlichen Vorschriften widerspricht.
  3. Alle Unterweisungen, Anleitungen und Anweisungen bezogen auf die Aufgaben und Pflichten des AN sind in einer den Mitarbeitern verständlichen Sprache durchzuführen und in schriftlicher Form vorzuhalten.
  4. Sämtliche für die Arbeiten verantwortlichen Führungs- und Aufsichtskräfte sowie die zuständige Sicherheitsfachkraft des AN sind gegenüber dem AG schriftlich zu benennen.

### 3.1.3 Sicherheitspass

Mitarbeiter SCC zertifizierter AN haben müssen einen personenbezogenen Sicherheitspass, analog zum Sicherheitspass der DGMK, mitführen und auf Verlangen des AG vorzeigen.

Mitarbeiter nicht SCC zertifizierte AN müssen die Ein- und Unterweisungsdokumentation am Arbeitsort zur Kontrolle durch Mitarbeitende der HEnW bereithalten.

## 3.2 Arbeitsschutz- und Umweltschutzanforderungen an den AN

Es werden nur AN (Bau- und Montagedienstleister, infrastrukturelle Dienstleister) beauftragt, die ihre Arbeitsschutzorganisation entsprechend der Regelwerke SCC bzw. DIN ISO 45001 oder nach BG-Standard aufgebaut haben und entsprechend zertifiziert sind.

Bei Vorliegen folgender Voraussetzungen ist eine Freigabe des AN durch den AG ebenfalls möglich:

- Nachweis über den GDA-ORGcheck, dass die betriebliche Arbeitsschutzorganisation so gestaltet ist, dass Sicherheit und Gesundheitsschutz in allen betrieblichen Prozessen und Entscheidungen integriert sind und die Gefährdungsbeurteilung mit den festgelegten betrieblichen Maßnahmen umgesetzt wird,
- oder die eingesetzten Beschäftigten entsprechend SCC-Dokument 18 geschult sind

Weiterhin behält sich die HEnW vor, ein Partnerfirmenaudit durchzuführen.

AN, die ausschließlich administrativen Dienstleistungen oder Transportdienstleistungen erbringen, sind von den genannten Verpflichtungen ausgenommen.

### 3.3 Beauftragung von Nachunternehmern

Der AN hat bei der Vergabe von Arbeiten an Nachunternehmer seiner Abstimmungspflicht entsprechend § 8 ArbSchG sowie § 6 DGUV Vorschrift 1 nachzukommen.

Die Arbeitsschutz- und Umweltordnung gilt in vollem Umfang auch für alle Nachunternehmer.

Der AN ist verpflichtet, seine Nachunternehmer schriftlich auf die Anforderungen hinzuweisen, die in der Arbeitsschutz- und Umweltordnung – insbesondere in Bezug auf die Sicherheit – gestellt werden.

Gleichzeitig hat der AN, der Arbeiten an Nachunternehmer vergibt, auch zu kontrollieren, dass die gestellten Arbeitsschutzanforderungen aus Punkt 3 auch durch seine Nachunternehmer erfüllt werden.

Der Nachweis ist durch den AN zu erbringen. Der AN muss Nachunternehmer dem AG schriftlich mitteilen und durch den AG genehmigen lassen.

#### 3.3.1 Arbeitnehmerüberlassung

Der AN, der Leiharbeiter auf Grundlage des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AUG) einsetzt, ist voll verantwortlich für die Arbeitssicherheit dieser Leiharbeiter während ihres Arbeitseinsatzes.

Die im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung eingesetzten Personen sind vom AN wie eigene Mitarbeiter zu behandeln. Die gesetzlichen/versicherungsrechtlichen Meldepflichten obliegen dem AN.

### 3.4 Unfall- und Schadensmeldungen

Alle Arbeitsunfälle, Beinaheunfälle und Sonderereignisse sind dem AG unverzüglich mitzuteilen.

Dies sind insbesondere folgende:

- Unfälle mit Personenschäden (mit oder ohne Ausfallzeit) eigener Mitarbeiter oder Mitarbeiter von Subunternehmern sind unverzüglich schriftlich mitzuteilen,
- Umweltschäden bzw. Umweltgefährdungen,
- Beinaheunfälle/-vorfälle eigener Mitarbeiter oder Mitarbeitern von Subunternehmern mit potenziell wesentlichen Schäden,
- Wechsel oder nicht nur kurzfristige Abwesenheit der benannten verantwortlichen Personen des Auftragnehmers (ggf. Benennung eines Stellvertreters),
- Abmahnung von Subunternehmen oder Mitarbeitern wegen Sicherheitsverstößen,
- Schäden oder Delikte zum Nachteil des AG,
- Baustellenbesuche von Behörden oder Presse,
- Verletzung von Informationssicherheitsanforderungen,
- Verstoß gegen Datenschutzanforderungen und -bestimmungen,
- Ausfälle oder Störungen von IT-Systemen bzw. Cyberangriffe (auch potenzielle) auf IT-Systeme.

Für Notfälle ist die Notrufnummer des jeweiligen Einsatzortes zu nutzen.

Über diese ist im Bedarfsfall (Baustellen) auch der Einsatz der Feuerwehr und anderer externer Rettungsdienste zu veranlassen. Der AN hat seine eigenen Mitarbeiter und die Mitarbeiter von Subunternehmern zu unterweisen.

Das Verhalten bei Unfällen, Alarm- und Gefahrensituationen ist in den jeweiligen Standortregelungen (E-Learning, Baustellen- und / oder Revisionsordnung) beschrieben und ist einzuhalten.

Zur Unfallursachenermittlung ist vom AN eine umfassende Unfallursachenanalyse in Berichtsform zu erstellen. Der AN legt spätestens zwei Wochen nach dem Vorfall einen Bericht dem AG vor.

Auf Verlangen der HEnW erläutert der Auftragnehmer mündlich die Einzelheiten des Vorfalls.

Dem AG ist stets anzubieten, an der Untersuchung von Vorfällen durch den AN teilzunehmen.



Dem AG steht es frei eine eigene Vorfalluntersuchung durchzuführen.

In diesem Fall müssen der Auftragnehmer und seine Subunternehmer vollständig kooperieren. Die Anzeige des Vorfalles gegenüber dem AG ersetzt nicht die Mitteilung des Vorfalles an die zuständigen Behörden/Berufsgenossenschaften oder einen Versicherer.

Die AG erhält eine Kopie dieser Mitteilung. Außerdem hat der AN alle Vorfälle in behördlich verlangten Systemen zu melden. Darüber hinaus hat der Auftragnehmer der Wärme über behördliche Mitteilungen im Zusammenhang mit dem Vertrag mit der Wärme, wie Anordnungen, Auflagen, Geldstrafen oder Gerichtsverfahren, zu informieren. Der Auftragnehmer inklusive seiner Subunternehmer, erklären sich damit einverstanden, dass die Daten über den Vorfall im Rahmen der Vorfallstatistik von der Wärme verarbeitet und ausgewertet werden.

Im Sinne des Schadenminderungsgebotes sind Sofortmaßnahmen mit dem AG abzustimmen und zu unterstützen.

### 3.5 Mitwirkung im Umwelt- und Energiemanagement

Der AN beteiligt sich aktiv an der Vermeidung negativer Umweltauswirkungen und an der Steigerung der Umweltleistung und der energiebezogenen Leistung entsprechend der durch den AG bekannt gegebenen Umwelt und Energieziele und -politik.

Der AN bemüht sich um eine ressourcenschonende und energieeffiziente Ausführung der Arbeiten. Vermeidbarer Energieverbrauch soll verhindert werden, z. B. durch Abschalten nicht benötigter Verbraucher. Negative Auswirkungen auf den Energie- und Ressourcenverbrauch des AG sollen vermieden werden.

Der AN meldet dem AG Beobachtungen über unvorhergesehene Umweltauswirkungen oder über Umstände, die zu Energieverlusten führen, wie z.B. Leckagen oder Defekte.

### 3.6 Einhaltung von Umweltvorschriften

Wassergefährdende Stoffe sind immer auf Auffangwannen abzustellen. Die Wannen sind so zu bemessen, dass mindestens das größte Gebinde oder 10 % des gelagerten Volumens aufgenommen werden kann.

Staubemissionen sind zu unterbinden.

#### 3.6.1 Einhaltung von Schallimmissionen

Bei den Arbeiten sind zum Schutz vor schädlichen Schallimmissionen schallgedämmte Fahrzeuge und Maschinen einzusetzen. Die Anforderungen der „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm“ (bauzeitlicher Schall) sind zu beachten und einzuhalten.

#### 3.6.2 Unterlassen von Bodenveränderungen

Bei Räumung von Montageplätzen bzw. Stützpunkten ist zu beachten, dass durch die Nutzung keine schädliche Bodenveränderung im Sinne des Bundesbodenschutzgesetzes erfolgt ist. Sollte es dennoch zu Bodenverunreinigungen kommen, sind diese umgehend beim AG anzuzeigen, zu beseitigen und der Boden ordnungsgemäß zu entsorgen. Maßnahmen zur Schadensminimierung sind unverzüglich von AN einzuleiten.

#### 3.6.3 Abfallentsorgung allgemein

Die Entsorgung von anfallenden Abfällen auf Grundlage der bestehenden Gesetze ist ordnungsgemäß durchzuführen.

Die durch eigene Tätigkeit erzeugten Abfälle (z. B. Verpackungsmaterial) sind in eigener Verantwortung zu entsorgen. Die im Zuge der Auftragsausführung anfallenden Abfälle sind dem Auftraggeber zuzurechnen.

Abfallbehälter sind getrennt nach Abfallarten mit den Inhaltsstoffen und dem Verursacher zu kennzeichnen. Bei Entsorgungsfragen stehen vor Ort die Beschäftigten des örtlichen Lagers als erste Ansprechpartner zur Verfügung.

#### 3.6.4 Sammlung / Entsorgung gefährlicher Abfälle

Für die Entsorgung gefährlicher Abfälle werden durch den Auftraggeber Entsorgungsnachweise sowie elektronische Begleitscheine zur Verfügung gestellt. Zum Zeitpunkt der Abholung eines Behältnisses mit gefährlichen Abfällen muss ein sachkundiger Beschäftigter vom AG anwesend sein, der überprüft, dass der Inhalt des Behältnisses hinsichtlich Abfallart und -menge mit den Angaben auf dem elektronischen Begleitschein übereinstimmt.

## 4 Zutrittsregelung

### 4.1 Identifikation

Dokumente zur Identitätskontrolle (Identifikation durch ein gültiges Ausweisdokument) sowie die sozialversicherungsrechtlich relevanten Nachweise aller Mitarbeiter des AN sind vor Ort durch jederzeit verfügbar zu halten. Eine Einsichtnahme in diese Unterlagen ist dem AG jederzeit zu gewähren.

### 4.2 Einweisung/Unterweisung

Grundlegende Anlageninformationen werden in geeigneter Weise (z.B. E-Learning) jedem Mitarbeiter der Fremdfirma vermittelt und dokumentiert.



Zusätzlich dazu werden die Sicherheitsinformationen der Anlagen ggf. durch eine SafetyCard mit Alarm- und Notfallsystematik, Notrufnummern, Flucht- und Rettungswegen, Sammelplätzen sowie weiteren standortrelevanten Details bekanntgemacht.

Die Einweisung auf die jeweiligen Arbeiten (Einweisung vor Ort) erfolgt für den AN im Rahmen des Arbeitserlaubnisverfahrens.

Eine Wirksamkeitskontrolle der Einweisungen/Unterweisungen des AN durch den AG erfolgt stichprobenartig im Zuge von Baustellen- und / oder Revisionsbegehungen bzw. durch Verständnisfragen. Die Unterweisungen, die auf Basis der Verpflichtungserklärung des AN durch diesen verantwortlich durchgeführt werden, sind auch durch den AN auf Wirksamkeit zu überprüfen.

### 4.3 Zutrittsverbote

Unbefugtes Betreten von Betriebsräumen und Betätigung von Schaltern und Armaturen ist verboten.

### 4.4 Einfahrtgenehmigung

Das Befahren der Anlagen des AG mit Kraftfahrzeugen ist grundsätzlich nicht vorgesehen. Ausnahmen werden im Einzelfall bei besonderem Erfordernis (Transport von Werkzeugen, Messgeräten etc.) durch den AG per Einfahrtgenehmigung zugelassen.

Der Ansprechpartner für Einfahrtgenehmigungen ist für die Kraftwerksstandorte der Werkschutz. Für alle anderen Bereiche der Anforderer.

#### **4.4.1 Ein- und Ausfahrtskontrollen**

Zum Schutze des betrieblichen und persönlichen Eigentums sowie zur Einhaltung der Richtlinien (z. B. Alkohol- und Fotografier Verbot) werden an den Werktoeren der Kraftwerksstandorte Kontrollen durchgeführt.

Die Kontrollen an den Werktoeren erfolgen grundsätzlich stichprobenweise sowie in begründeten Verdachtsfällen in Form von Behältnis- oder Fahrzeugüberprüfungen.

Im Rahmen einer Kontrolle sind diese dem Werkschutz geöffnet vorzuzeigen.

Sind Anlagen und Baustellen nicht besetzt, ist der Zutritt von Dritten sicher zu verhindern (Schließen von Türen, Absperrungen etc.)

## **5 Unterbringung, Sozialräume**

Flächen für die erforderlichen sozialen Einrichtungen (z.B. Tagesunterkünfte, Toiletten) und Anschlusspunkte für die Versorgung der Baustelle mit Strom und Wasser sowie für die Entsorgung sind vom AN selbst zu beschaffen, sofern in den Vertragsunterlagen nicht anders vereinbart.

Für die Unterhaltung der Liegenschaften oder der Anlage (insbesondere deren regelmäßige Reinigung) ist der AN ebenfalls zuständig.

Speisen und Getränke dürfen nur in den zugewiesenen Pausenräumen/-zonen eingenommen werden. Das Wohnen und Übernachten auf den Liegenschaften oder in der Anlage des AG ist verboten.

Das Aufstellen von Zusatzheizgeräten aller Art bedarf der vorherigen Zustimmung durch den AG.

## **6 Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit**

Alle AN sind verpflichtet, ihre Montagestellen, Lager, Magazine und Unterkünfte in ordentlichem und sauberem Zustand zu halten.

Alle AN haben dafür zu sorgen, dass in ihrem gesamten Bereich unverzüglich, mindestens jedoch täglich, das herumliegende Kleineisen- und Rohrleitungsmaterial sowie unnötiges Restmaterial, Bauschutt, Bretter, Isoliermaterial, Kabelreste, Verpackungsmaterial, Speisereste etc. entfernt werden.

Der Arbeitsplatz in Gebäuden ist in besenreinem Zustand bzw. das Gelände der Anlagen des AG (Lagerplätze, Arbeitsplätze, Zufahrtsstraßen) in sauberem Zustand zu halten und zu übergeben. Bei Zuwiderhandlung erfolgt eine Reinigung auf Kosten des Verursachers.

Alle AN sind dafür verantwortlich, dass in ihrem Bereich keine oder nur die Menge an brennbaren Materialien befinden, die für den täglichen Arbeitsbedarf notwendig sind.

Es darf keine Unfallgefahr oder Verkehrsbehinderung durch den Gebrauch von Kabeln, Leitungen, Schläuchen usw. entstehen.

Flucht- und Rettungswege, Feuerwehr-Zuwegungen, Hydranten und elektrische Schalt/Verteilerkästen sind freizuhalten.

Alle Werkzeuge und Materialien sind nach Gebrauch wegzuräumen und entsprechend den gesetzlichen Vorgaben zu lagern. Alle Arbeits- und Betriebsmittel sind unmittelbar nach Arbeitsende sowie zu Pausenzeiten abzuschalten bzw. in einen sicheren Zustand zu bringen. Soweit vertraglich nicht anders vereinbart, sind die Anlagen-bzw. Baustellen spezifischen Regelungen zu Abfalllogistik und Entsorgung zu nutzen.

## 6.1 Kennzeichnung der Geräte

Das Eigentum des AN ist dauerhaft zu kennzeichnen. Nicht eindeutig zuzuordnende Gegenstände gelten als Eigentum des AG.

## 6.2 Personalabzug bzw. Verweis von einer Liegenschaft oder einer Anlage

Bei Verstößen werden vom AG folgende abgestufte Maßnahmen (Eskalationsmanagement) getroffen:

- Schriftliche Dokumentation von Verstößen (Beanstandung)
- Anweisung zur Arbeitsunterbrechung bis zur Behebung der vorliegenden Mängel
- Ausweisung der betroffenen Personen aus dem Betrieb bzw. von der Baustelle
- Ausweisung der betroffenen Firma aus dem Betrieb.

Darüber hinaus können wiederholte Verstöße gegen Sicherheitsvorschriften zum Werkverbot für den Auftragnehmer führen.

Der AN ist verpflichtet, auf eigene Kosten Mitarbeiter auszutauschen, wenn der AG dies aufgrund schwerwiegender Gründe verlangt, beispielsweise:

- mangelnde Qualifikation und Erfahrung der Mitarbeiter des AN
- Nichtbeachtung der Weisungen des AG
- Diebstahl
- Alkohol- und Drogenmissbrauch
- Schwerwiegende oder wiederholte Verstöße gegen die Arbeitsschutz- und Umweltschutzordnung. Der AN wird bei einem Personalabzug bzw. Verweis weder von der Erbringung der vereinbarten Leistungen noch von der Einhaltung der vereinbarten Fristen entbunden
- Verstöße gegen Informationssicherheit und Vertraulichkeitsvereinbarung der HEnW

## 6.3 Verbot von berauschenden Mitteln, Regelungen zum Nichtraucherschutz

Es gilt für die Mitarbeiter des AN ein absoluter Verzicht auf den Genuss von alkoholischen Getränken, Betäubungsmitteln sowie Medikamenten, die die Reaktionsfähigkeit beeinflussen. Weiterhin ist es verboten, sich unter dem Einfluss alkoholischer Getränke bzw. von Betäubungsmitteln in den Arbeitsbereich zu begeben.

Mitarbeitern, die unter dem Einfluss solcher Mittel stehen, wird der Zutritt zu den Anlagen untersagt bzw. sie werden von den Anlagen verwiesen.

In der HEnW herrscht in geschlossenen Räumen ein allgemeines Rauchverbot. In Absprache mit dem AG können betrieblich festgelegte Raucherzonen durch den AN mitgenutzt werden.

## 6.4 Erste-Hilfe-Organisation

Der AG unterhält eine betriebliche/baustellenseitige Erste-Hilfe-Organisation einschließlich Sanitätsraum. Diese ist auf die Bedürfnisse des normalen Betriebs ausgelegt. Erweiterte Bedürfnisse entsprechend der Arbeitsumfänge und Schichtbelegungen sind im Dialog zwischen AG und AN abzustimmen und zu organisieren.

Die Inhalte der betriebliche/baustellenseitige Erste-Hilfe-Organisation des AG sind zu unterweisen und im Einsatzfall umzusetzen. Zusätzliche interne Notfallschutzmaßnahmen des AN sind dem AG im Rahmen des Arbeitsablaufplanes vor Arbeitsaufnahme bekanntzugeben (Möglichkeit zur gemeinschaftlichen Koordination).

Abhängig vom Arbeitsumfang hat der AN Ersthelfer in ausreichender Anzahl zu stellen und Erste-Hilfe-Einrichtungen in ausreichender Anzahl einzurichten bzw. vorzuhalten und ggf. mitzuführen (auf Basis **ASR A 4.3 und DGUV Information 204-022**). Dazu gehören u. a. Erste-Hilfe-Verbandkasten nach **DIN 13169** sowie Rettungsgeräte im angemessenen Umfang gemäß Gefährdungsbeurteilung und dort festgelegten

Schutzmaßnahmen. Die Anforderungen nach Arbeitsstättenverordnung und Arbeitsstätten-Richtlinie(n) (ASR) sowie der **DGUV Vorschrift 1** (hier in Bezug auf Erste Hilfe) hat der AN ebenfalls zu erfüllen.

## **7 Arbeitszeitregelungen**

### **7.1 Einhaltung der Regelungen des ArbZG:**

Die Regelungen des Arbeitszeitgesetzes sind einzuhalten.

### **7.2 Arbeitsbezogene Zeitregelungen (mehrschichtige Gewerke)**

Bei mehrschichtigen Arbeiten ist bereits bei der Planung sicherzustellen, dass ausreichende Übergabezeiten zur Kommunikation zwischen den einzelnen Schichten vorhanden sind.

### **7.3 Anmeldung von Wochenend- und Feiertagsarbeit**

Sonn- und Feiertagsarbeiten sind vom AN bei der zuständigen Behörde anzumelden und genehmigen zu lassen. Der AG ist ebenfalls rechtzeitig vorher schriftlich zu informieren. Anlagenspezifische Regelungen zu Meldefristen sind einzuhalten.

### **7.4 Zeiterfassung**

Die Mitarbeiter des AN sind nach Abstimmung mit dem AG verpflichtet, das Zeiterfassungssystem des AG (soweit am Einsatzort vorhanden) zu nutzen.

## **8 Ansprechperson in der HEnW**

Eine effektive, ordnungsgemäße und sichere Zusammenarbeit zwischen der AG und dem AN setzt eine gut funktionierende Kommunikation voraus. AG und AN sind verpflichtet, sich unverzüglich, vollständig und verständlich über arbeitsrelevante Vorgänge zu informieren.

Dies gilt insbesondere bei Gefahrensituationen oder Schäden.

Über die Zweckmäßigkeit der Benennung von Stellvertretern haben sich AG und AN zu verständigen.

## 9 Arbeits- und Betriebsmittel

### 9.1 Werkzeuge und Hilfseinrichtungen

Werkzeuge und Hilfseinrichtungen sind arbeitsbezogen durch den AN beizustellen, soweit vertraglich nichts anderes vereinbart wurde.

Es dürfen nur geeignete, zugelassene und regelmäßig wiederkehrend geprüfte Arbeits- und Betriebsmittel zum Einsatz gebracht werden.

Eine leihweise Überlassung von Arbeits- und Betriebsmitteln sowie von Zubehöerteilen und Verbrauchsmaterial aus Beständen des AG an den Mitarbeiter des AN ist nicht vorgesehen und bedarf einer Einzelfallregelung.

### 9.2 Funkverkehr, Mobiltelefone

Bei Funksprechverkehr sind Gerätezahl und -typ sowie die verwendete Frequenz dem AG zu melden und es ist die Nutzungsberechtigung hierfür vom AN einzuholen.

Die Anforderungen des Post- und Fernmeldewesens sind durch den AN einzuhalten. Drahtlose Verbindungen (zur Steuerung von Maschinen und Hebeeinrichtungen) müssen beim AG angemeldet werden.

Noch bevor diese Verbindungen auf den Anlagen eingesetzt werden, ist der Nachweis für die Anmeldung und den störungsfreien Betrieb (keine Beeinflussung anderer Geräte und Maschinen) dem AG vorzulegen.

Während der Ausführung von bestimmten Arbeiten ist das Benutzen von Mobiltelefonen untersagt (z. B. bei Fahr- und Steuertätigkeiten, Einweisung von Fahrzeugen, etc.).

In explosionsgefährdeten Bereichen ist das Mitführen von Mobiltelefonen und Funkgeräten verboten.

## 10 Persönliche Schutzausrüstung (PSA)

Der AN hat seinen Mitarbeitern auf Basis der Gefährdungsbeurteilung festgelegten Schutzmaßnahmen in ausreichender Menge Körperschuttmittel und Schutzkleidung zur Verfügung zu stellen. Er ist verpflichtet, seine Mitarbeiter über die sachgerechte Benutzung zu unterweisen.

Personen ohne PSA entsprechend den Standortregelungen (beispielsweise Schutzhelm/Schutzschuhe/Schutzbrille/etc.) haben keinen Zutritt zu den Liegenschaften oder in einer Anlage des AG.

Sind darüber hinaus durch die spezifische Arbeitssituation weitere Schutzausrüstungen erforderlich (z.B. Augen- oder Gesichtsschutz, Gehörschutz, Atemschutz, Warnschutzkleidung), hat der AN deren Zurverfügungstellung sowie die sachgerechte Benutzung sicherzustellen.

Zuwiderhandelnde Personen können nach einmaliger Verwarnung von den Liegenschaften oder aus einer Anlage des AG verwiesen werden.

Helme der Mitarbeiter des AN müssen mit Firmennamen und Mitarbeiternamen gekennzeichnet sein.

Der Einsatz von PSA Kat. III (z. B. schwerer Atemschutz, PSA gegen Absturz etc.) sollte durch die Anwendung anderer Schutzmaßnahmen (Rangfolge beachten!) grundsätzlich vermieden werden.

Sollte dieser Einsatz trotzdem erforderlich sein, ist dies dem AG rechtzeitig anzuzeigen, um flankierende Sicherheitsmaßnahmen gemeinsam organisieren zu können.

Die leihweise Überlassung oder Beistellung von PSA aus Beständen des AG an den Ausführenden des AN ist grundsätzlich nicht vorgesehen und bedarf einer Einzelfallregelung.

## 11 Arbeitserlaubnis- und Freigabeverfahren

Der AN ist verpflichtet am Arbeitserlaubnis- und Freigabeverfahren der HEnW teilzunehmen. Ohne Arbeitserlaubnis (AE) darf nicht mit Arbeiten begonnen werden. Änderungen von Schaltzuständen oder Freischaltungen erfolgen ausschließlich durch den fachlich zuständigen Anlagenverantwortlichen des AG oder von diesem hierzu beauftragte Mitarbeiter des AG.

Die Genehmigung ist rechtzeitig vor Beginn der Arbeiten beim AG einzuholen bzw. zu beantragen.

Eine schriftliche AE mit besonderen Sicherungsschritten (Heißarbeitsschein, Befahrerlaubnis, etc.) ist generell für die Durchführung von gefährlichen Arbeiten sowie bei Tiefbauarbeiten auf Betriebsgrundstücken der HEnW erforderlich.

Bei Bauvorhaben im Leitungsbau auf öffentlichen und privaten Grund ist die schriftlich dokumentierte Freigabe der Bauleitung erforderlich.

Bei mehrschichtigen Gewerken meldet sich der jeweilige AN beim AG an und ab.

Der AG ist über Beginn, Unterbrechung und Beendigung der Arbeiten zu informieren.

## 12 Vorabgespräch

Der AG behält sich das Recht vor, im Bedarfsfall ein Vorabgespräch durchzuführen.

Kriterien für ein Vorabgespräch können sein:

- Komplexität der Arbeiten
- Gefährdungs- oder Schadenspotential
- Anzahl der parallel tätigen AN
- Erfahrungen mit dem AN

An dem Vorabgespräch müssen mindestens teilnehmen:

- der Anforderer oder ein von ihm beauftragter Mitarbeiter (z. B. der Projektleiter, Instandhaltungsplaner oder die Auftragsverantwortliche Person des Auftraggebers)
- Bauleiter/Arbeitsverantwortlicher des AN
- Koordinatoren, falls benannt

ggf. Beauftragte des AG.

Der Auftragnehmer und seine Subunternehmer haben an allen vom AG veranlassten Einweisungen und Schulungen sowie Koordinationstreffen teilzunehmen.

## 13 Fachspezifische Regelungen zum Arbeits- und Umweltschutz

### 13.1 Gefährliche Arbeiten nach DGUV, BauStellV (Sicherheitskonzept)

Vor der Durchführung von Arbeiten mit erkennbar erhöhtem Risiko ist unmittelbar vor Arbeitsaufnahme eine Gefährdungsbeurteilung durch die Verantwortliche Person der Fremdfirma durchzuführen und zu dokumentieren.

Dabei festgelegte Schutzmaßnahmen sind durch die Verantwortliche Person der Fremdfirma zu ergreifen und aufrechtzuerhalten.

Besondere Schutzmaßnahmen bei gefährlichen Arbeiten, sind im Rahmen eines durch den AN anzufertigendes Sicherheitskonzeptes vor Beginn der Arbeiten mit der AG abzusprechen.

### 13.2 Tiefbauarbeiten

Die folgenden Regelungen gelten unabhängig von der Informationspflicht des Bauherrn oder Auftraggebers.

Beachten sie bitte auch Punkt 15.3.4

### 13.2.1 Tiefbauarbeiten auf Betriebsgrundstücken der HEnW

Der Auftragnehmer hat sich beim Auftraggeber über Art, Lage, Zustand und Verlauf von Leitungen zu erkundigen. Dies kann durch die Aushändigung und Erläuterung von Plänen und durch eine zusätzliche Einweisung vor Ort geschehen, wobei auch die erforderlichen Schutzmaßnahmen festzulegen sind (siehe Punkt 13.1).

Vor Beginn der Tiefbauarbeiten ist eine Arbeitserlaubnis des Auftraggebers einzuholen (siehe Ziffer 11), in der der Auftraggeber die Durchführung der Tiefbauarbeiten (Baggerarbeiten, Saugbaggereinsatz, Handschachtungen etc.) festlegt, um eine Gefährdung durch unterirdische Leitungen und Anlagen zu vermeiden bzw. vorhandene unterirdische Leitungen und Anlagen vor Beschädigungen zu schützen.

### 13.2.2 Tiefbauarbeiten auf öffentlichem Grund und Grundstücken Dritter

Der Auftragnehmer hat sich in geeigneter Weise über Art, Lage, Zustand und Verlauf von Leitungen zu erkundigen und die Vorgaben der jeweiligen Trassierungsplanung zu berücksichtigen.

Dies kann durch Einholung von Leitungsauskünften bzw. Anforderung von Leitungsplänen des jeweiligen Netzbetreibers bzw. Grundstückseigentümers erfolgen. Für die auszuführenden Arbeiten ist eine auftragsbezogene Gefährdungsbeurteilung mit geeigneten Schutzmaßnahmen zu erstellen und dem Auftraggeber zu übermitteln.

Bei Verdacht von Fremdleitungen oder bei Feststellen nicht dokumentierter Fremdleitungen ist die Durchführung der Tiefbauarbeiten entsprechend anzupassen (Saugbagger, Handschachtung etc.), um eine Gefährdung durch Fremdleitungen zu vermeiden bzw. vorhandene Fremdleitungen vor Beschädigungen zu schützen.

## 13.3 Arbeiten in Höhen

Vor Arbeitsaufnahme sind entsprechend der Gefährdungsbeurteilung geeignete Schutzmaßnahmen durch den AN zu ergreifen, damit Gerüstbauarbeiten und andere Arbeiten in Höhe sicher ausgeführt werden können.

Bei ungünstigen Wetterverhältnissen – wie z.B. Gewitter, starkem Wind, Reif- oder Vereisungsgefahr – dürfen Arbeiten in Höhen nicht durchgeführt werden.

Arbeiten unter Absturzgefahr/Höhenarbeiten:

Nach der DGUV Vorschrift 38 „Bauarbeiten“ ist unter anderem ab folgenden Absturzhöhen eine Sicherung gegen Absturz von Personen vorzusehen:

- ab 0,00 m Höhe: über Wasser oder anderen Stoffen, in denen man versinken kann
- ab 1,00 m Höhe: freiliegende Treppenläufe und -absätze, Wandöffnungen und Bedienungsstände von Maschinen und deren Zugänge
- ab 2,00 m Höhe: stationäre Arbeitsplätze und Verkehrswege

## 13.4 Kranarbeiten, Hub- und Zugarbeiten

Für Kranarbeiten gelten die aktuellen berufsgenossenschaftlichen Regelwerke einschließlich der zugehörigen Durchführungsanweisungen.

Beispielhaft sind im Folgenden einige Basisthemen aufgezählt:

- Der Aufenthalt von Personen unter schwebenden Lasten ist verboten.
- Lastaufnahmemittel dürfen nicht zur Beförderung von Personen benutzt werden.
- Das Mitfahren auf Lasten, die vom Kran angehoben werden, ist verboten.
- Das Benutzen von Anschlagmitteln und Lastaufnahmeeinrichtungen ohne Tragfähigkeitshinweis und sichtbaren gültigen Prüfnachweis ist nicht gestattet.
- Personen, die sich in hochziehbaren Personenaufnahmemitteln befinden, sind mit PSA gegen Absturz zu sichern.



Vor dem Einsatz eines Mobilkranes ist vom AN die Prüfbescheinigung des Kranes sowie der Fachkundenachweis für Kran- und Anschlagarbeiten vorzulegen. Der Standsicherheitsnachweis für den beabsichtigten Aufstellort/die geplante Last ist vom AN vor Aufstellung zu prüfen/zu erbringen.

Für Arbeiten mit einem Mobilkran ist eine AE erforderlich.

Bei Arbeiten in der Nähe von Hochspannungsleitungen ist die Hub- und Drehbewegung so zu begrenzen, dass der Sicherheitsabstand nicht unterschritten wird. Falls erforderlich, ist eine Drehbewegungsbegrenzung vom AN einzurichten.

Zusätzlich ist jeder Kran mit einem vom AN beigestellten Erdseil vor Arbeitsaufnahme zu erden. Der geeignete Leiterquerschnitt sowie zulässige Erdungspunkte sind mit der verantwortlichen Elektrofachkraft (VEFK) des AG vor Ort abzustimmen.

Für Hub- und Zugarbeiten gelten die o.a. Regelungen sinngemäß.

### 13.5 Einsatz von Hubarbeitsbühnen

Beim Einsatz von Hubarbeitsbühnen gelten die Empfehlungen der **DGUV Information 208-019**. Personen, die sich in Hubarbeitsbühnen befinden, haben sich, falls technisch dafür vorgesehen, mit PSA gegen Absturz zu sichern. Hubarbeitsbühnen dürfen nur von ausgebildeten und betrieblich beauftragten Personen bedient werden.

### 13.6 Gerüstbauarbeiten

Für die Durchführung von Gerüstbauarbeiten gelten insbesondere die DGUV Vorschrift 38 „Bauarbeiten“ sowie die DIN EN 12810/12811. Für die Gerüstfreigabe und -übernahme ist das Standardformular des AG zu nutzen.

Wenn ein Gerüst nicht einsatzbereit ist – insbesondere während des Auf-, Ab- oder Umbaus - ist dieses Gerüst an allen Zu- und Aufgängen mit dem Verbotssymbol „Zutritt verboten“ zu kennzeichnen und in angemessener Weise gegen unbefugte Nutzung zu sichern.

Auf die persönliche Schutzausrüstung für Gerüstbauer wird hier ausdrücklich hingewiesen (Gerüstbauer müssen beim Auf- und Abbau von Gerüsten geeignete PSA gegen Absturz tragen und fachgerecht nutzen. Ebenso ist ein zugelassener Industrieschutzhelm mit Kinnriemen zu tragen.).

### 13.7 Arbeiten auf Gerüsten

Es dürfen nur Gerüste betreten werden, die durch einen Gerüstfreigabeschein gekennzeichnet sind. Das Gerüst ist vom AN jedes, auf dem Gerüst arbeitenden, Gewerkes, vor der Nutzung zu prüfen und die Prüfung/Übernahme auf dem Übernahmeschein zu dokumentieren.

Nach der Beendigung der täglichen Arbeiten, ist diese ebenfalls auf dem Übernahmeschein vor Ort zu dokumentieren.

Jedes Gerüst ist, vor dem Betreten, von jedem Nutzer auf augenscheinliche Mängel hin zu prüfen, erkennbare Mängel sind unverzüglich dem AG zu melden und das Gerüst ist durch Entfernen des Gerüstfreigabescheins zu sperren.

Änderungen an Gerüsten dürfen nur durch den Gerüstersteller durchgeführt werden.

### 13.8 Elektrotechnische Arbeiten

Arbeiten an elektrischen Anlagen bedürfen vor Arbeitsaufnahme einer AE (siehe Kapitel 8. Arbeitserlaubnis- und Freigabeverfahren).

Für Arbeiten unter Spannung ist ein gesondertes schriftliches Freigabeverfahren vorgeschrieben. Die verantwortliche Elektrofachkraft bzw. der AG kann weitergehende Vorgaben festlegen und entscheidet in allen elektrotechnischen Fragen.

Weisungen der verantwortlichen Elektrofachkraft, die die elektrische Sicherheit betreffen, sind von allen Mitarbeitern zu befolgen.

Für jede Arbeit muss eine Verantwortliche Person der Fremdfirma benannt werden. Dieser Arbeitsverantwortliche wird vom Anlagenverantwortlichen des AG eingewiesen.

Vor Arbeitsbeginn muss das Personal vom Arbeitsverantwortlichen über Art und Umfang der Arbeiten, Sicherheitsmaßnahmen, Verteilung der Aufgaben und in der Anwendung von Werkzeugen und Geräten unterwiesen werden.

Der Arbeitsverantwortliche muss alle an der Arbeit beteiligten Personen über alle Gefahren unterrichten.

Bei allen Arbeiten sind die fünf Sicherheitsregeln zu beachten:

- Freischalten,
- gegen Wiedereinschalten sichern,
- Spannungsfreiheit feststellen,
- erden und kurzschließen,
- benachbarte, unter Spannung stehende Teile abdecken oder abschränken.

Bei Arbeiten an, in, in der Nähe von sowie mit elektrischen Anlagen oder Betriebsmitteln können u. a. folgende Gefahren auftreten:

- elektrische Durchströmung des menschlichen Körpers
- elektrische Störlichtbogen
- elektrotechnisch verursachte Brände Vom AN mitgebrachte elektrische Anlagen und Betriebsmittel müssen sicher und geprüft sein sowie den einschlägigen Vorschriften sowie den öffentlich-rechtlichen Anforderungen entsprechen.

Verbindliche Festlegungen sind z.B. in folgenden Vorschriften zu finden:

- DGUV Vorschrift 3
- DGUV Regel 103-011
- DIN VDE 0105-100
- DIN VDE 1000-10
- DIN VDE 0701-0702

### 13.8.1 Elektromagnetische Felder

In den Technischen Anlagen der HEnW können elektrische, magnetische oder elektromagnetische Felder (EMF) auftreten.

Die maximal zulässigen Werte für die Felder werden in aller Regel eingehalten und eine Gefährdung von Personen ist dort nicht zu erwarten.

Da EMF aktive (Herzschrittmacher, Defibrillatoren usw.) und passive (Hüftgelenk, Platten usw.) Implantate beeinflussen können, sind diese Bereiche gesondert gekennzeichnet und das Betreten dieser Bereiche für Implantat Träger ist untersagt. Siehe Kapitel 15.5.2

## 13.9 Heißenarbeiten, Brand- und Explosionsschutz

Informieren Sie sich - vor Beginn der Arbeiten - über die nächsten erreichbaren Feuerlöscheinrichtungen, Flucht- und Rettungswege sowie Notrufeinrichtungen (s. a. Standortinformationsblatt). Sicherheitseinrichtungen einschließlich der Feuerlöscheinrichtungen dürfen nicht ohne Auftrag beseitigt, verstellt, unwirksam gemacht oder zweckentfremdet werden.

Geeignete Feuerlöscher, die bei der Durchführung von Arbeiten erforderlich sind, sind durch den Auftragnehmer bereitzustellen (z. B. bei Heißenarbeiten).

Die Regelung für die Benutzung von Feuerlöschern in elektrischen Anlagen mit Betriebsspannung über 1000 V ist Bestandteil des Arbeitsfreigabeverfahrens sowie der Einweisung vor Aufnahme der Arbeiten.

Bei Notwendigkeit von Heißenarbeiten ist ein Heißenarbeitsschein (Ergänzung zur AE) beim Anlagenverantwortlichen des AG einzuholen und entsprechende Schutzmaßnahmen auszuführen.

Diese wird vor Ort ausgehängt und die Schutzmaßnahmen besprochen.

Zudem ist durch den AN eine Brandwache mit den erforderlichen, geeigneten und ausreichenden Löschmitteln zu stellen.

Bei Schweißarbeiten über Gitterrosten oder an offenen Bühnen sind unter den Schweißstellen feuerhemmende Abdeckungen anzubringen. Brennbare Materialien sind zu entfernen oder zuverlässig abzudecken (z.B. Brandschutzpläne).

### 13.10 Arbeiten in Behältern/engen Räumen

Bei Arbeiten in Behältern und engen Räumen ist in besonderem Maße auf die Sicherheit der ausführenden Mitarbeiter zu achten. Eine Befahr- Erlaubnis mit Gasanalyse ist erforderlich. Bei Arbeiten in Behältern und engen Räumen sowie bei Arbeiten mit Atemschutzgeräten muss mindestens ein Sicherheitsposten außerhalb des Gefahrenbereichs aufgestellt werden. Insbesondere ist die **DGUV Regel 113-004** zu beachten. Besonderheiten für die sicherheitstechnische Beschaffenheit, der in Behältern und engen Räumen eingesetzten Arbeits- und Betriebsmittel sind zu beachten.

### 13.11 Arbeiten mit Winkelschleifern

Bei der Planung, Überwachung und Durchführung von Trenn- und Schleifarbeiten mit tragbaren Elektro-Winkelschleifern sind besondere Sicherheitsvorkehrungen vom AN zu treffen.

Neben den spezifischen Beschränkungen bezüglich der Nutzung von Winkelschleifern, die aus einer gewerkspezifischen Gefährdungsbeurteilung sowie dem Arbeitsablaufplan hervorgehen, gelten ergänzend insbesondere die nachstehend aufgeführten allgemeinen Einschränkungen: Nur entsprechend unterwiesenen Personals, das die Anforderungen des vorliegenden Standards erfüllt, darf Winkelschleifer mit Schleif- oder Trennscheiben verwenden.

- Alle Winkelschleifer müssen mit Handgriff(en) gemäß den gesetzlichen Vorgaben ausgerüstet sein.
- Alle Winkelschleifer müssen beidhändig geführt werden. Ist dies nicht möglich, muss ein anderes Werkzeug verwendet werden.
- Alle Winkelschleifer müssen mit einer Schutzhaube für die Scheibe gemäß den gesetzlichen Vorgaben ausgerüstet sein.
- Winkelschleifer müssen mit einer Rückschlagsicherung (Kick-Back-Stop) ausgestattet sein.
- Winkelschleifer müssen mit einer Bremse ausgerüstet sein, die die Scheibe nach Loslassen des Schalters automatisch anhält.
- Für Trennarbeiten eingesetzte Winkelschleifer müssen mit einer dafür geeigneten Trennscheibe ausgerüstet sein.
- Winkelschleifer dürfen nicht für Arbeiten an und in der Nähe von Gefahrenstoffen eingesetzt werden.
- Die Beeinträchtigung von Menschen und Umwelt durch Schleifstaub ist zu berücksichtigen und auf ein Mindestmaß zu beschränken (ggf. Absaugung benutzen).
- Die Verwendung von Druckluft-Winkelschleifern ist auf ein Minimum zu begrenzen und bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG. Stehen keine anderen Optionen zur Verfügung, müssen der Arbeitsverantwortliche des AN und der Führungsverantwortliche des AG eine entsprechende vorherige Zustimmung unterzeichnen.
- Als Basisschutz vorgeschrieben sind das Tragen einer Schutzbrille und eines Gesichtsschutzschildes zum Schutz von Augen und Gesicht vor umherfliegenden Teilen, enganliegende Kleidung mit langen Ärmeln und Beinen und enganliegende Handschuhe für besseren Griff und zum Schutz der Hände vor Metallteilen und Funken. Abweichungen hiervon sind nur auf Basis einer gewerkspezifischen Gefährdungsbeurteilung möglich.

### 13.12 Arbeiten mit Gefahrstoffen

Alle mitgebrachten Gefahrstoffe sind, nach Auftragsvergabe, schriftlich, unter Bezugnahme zum Auftrag, beim AG anzumelden:

[gefstoff-meldung@hamburger-energiewerke.de](mailto:gefstoff-meldung@hamburger-energiewerke.de)

Erforderliche Dokumentation:

- Die Sicherheitsdatenblätter der zur Anwendung kommenden Gefahrstoffe,
- sowie die Stoffbezogene Gefährdungsbeurteilung gem. Gefahrstoffverordnung,
- sowie die Betriebsanweisungen.

Die Dokumentation der Gefahrstoffe ist durch den AN vor Ort vorzuhalten.

Auf Gefahrstoffe, die bei der Erbringung der Leistung entstehen können, ist schriftlich hinzuweisen (z. B. Sonderabfälle).

Der Einsatz von CMR-Stoffen (krebserzeugend H 350, H 351, erbgut-verändernd H 340, H 341, H 362; fortpflanzungsgefährdend H 360, H361) ist grundsätzlich verboten.

Ist der Einsatz von bestimmten, besonders gesundheitsgefährdenden Gefahrstoffen unerlässlich, ist rechtzeitig vor Arbeitsbeginn ein auftragsbezogenes Sicherheitskonzept durch den AN zu erstellen. Die notwendigen Maßnahmen sind mit allen beteiligten Instanzen abzustimmen und zu kommunizieren.

Es ist sicherzustellen, dass alle Beschäftigten bei der Verarbeitung von Gefahrstoffen nicht gefährdet werden. Im Zweifelsfall sind Rückfragen an die Gefahrstoffbeauftragten zu richten. Die Lagerung der mitgebrachten Gefahrstoffe ist rechtzeitig vor Aufnahme der Tätigkeit mit dem AG abzustimmen.

### 13.13 Stäube und Fasern (KMF):

Beim Umgang mit „Künstlichen Mineralfasern“ (KMF) sind besondere Bedingungen einzuhalten. Die Einstufung des zu entfernenden Mineralwolleproduktes (thermische Belastung und Einbaujahr der Mineralwolle) nimmt der AG gemeinsam mit dem AN vor.

Der AN führt die Arbeiten gemäß **TRGS 521 „Abbruch-, Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten mit alter Mineralwolle“** und **TRGS 500 „Schutzmaßnahmen“** durch.

### 13.14 Asbest

Werden bei Arbeiten asbesthaltige Stoffe gefunden, ist dieses unverzüglich dem AG mitzuteilen. Die Abstimmung der weiteren Vorgehensweise erfolgt im Dialog zwischen AG und AN.

### 13.15 Umgang mit Staub, staubförmigen Arbeitsstoffen

Maschinen und Geräte sind so auszuwählen und zu betreiben, dass möglichst wenig Staub freigesetzt wird. Staubemittierende Anlagen, Maschinen und Geräte müssen mit einer wirksamen Absaugung versehen sein oder die Staubbefreiung wird durch andere Maßnahmen verhindert. Bei Tätigkeiten mit Staubexposition ist eine Ausbreitung des Staubes auf unbelastete Arbeitsbereiche zu verhindern, Ablagerungen von Stäuben sind zu vermeiden und entstandene Staubablagerungen sind mit Feucht- oder Nassverfahren zu beseitigen.

Das Reinigen des Arbeitsbereiches durch trockenes Kehren oder Abblasen von Staubablagerungen mit Druckluft ist nicht zulässig.

### 13.16 Umgang mit wassergefährdenden Stoffen

Der Einsatz und die Lagerung von wassergefährdenden Stoffen sind vor Anlieferung mit dem AG abzustimmen.

Erforderliche Schutzmaßnahmen im Sinne des WHG der AwSV sowie örtlicher Auflagen sind einzuhalten.

### 13.17 Strahlung und Gefahren bei der „Zerstörungsfreien Prüfung“ (ZfP)

Arbeiten mit Strahlungsquellen zu Prüfzwecken sind beim AG 48 Stunden vorher schriftlich anzumelden. Die Einhaltung der Röntgen- und Strahlenschutzverordnung ist dem AG nachzuweisen. Die Arbeiten sind zu einem Zeitpunkt durchzuführen, an dem sich keine Personen in der Nähe der Stelle befinden, an der diese Arbeiten durchgeführt werden müssen. Bei Arbeiten mit Strahlungsrisiko muss die Gefahrenzone, einschließlich der Zugänge zu den innerhalb dieser Zone befindlichen Rohren, Kanälen und Ähnlichem, durch Absperrungen und eigens dafür vorgesehene Warnschilder markiert werden.

Innerhalb gesperrter Zonen dürfen sich außer den Personen, die für die Ausführung dieser Arbeiten eingesetzt werden, keine anderen Personen aufhalten.

## 14 Transporte

### 14.1 Anlieferverkehr

Transporte sind generell über die normalen Zufahrtswege abzuwickeln. Eine Einweisung der Fahrer erfolgt vor dem Befahren des Werksgeländes (ggf. E-Learning, SafetyCard).

Dem Fahrer wird ein Ansprechpartner benannt, bei dem er sich an- und abzumelden hat.

Sonder-, Schwer- oder Gefahrguttransporte sind dem AG anzuzeigen. Anlieferungen sind nur während der regulären Tagesarbeitszeit möglich.

Verkehrswege innerhalb der Anlagen des AG sind freizuhalten.

Dies gilt insbesondere für Rettungswege sowie Arbeitsbereiche an Hydranten. Es gelten die Regelungen der StVO. Bei Zuwiderhandlungen kann der AG ein Einfahrverbot aussprechen.

Der Aufenthalt auf den Liegenschaften und in den Anlagen ist Zulieferern nur zur bestimmungs-gemäßen Durchführung der Anlieferung gestattet.

#### 14.1.1 Rückwärtsfahrten

Das Rückwärtsfahren ist möglichst zu vermeiden. Sind Rückwärtsfahrten aus betrieblichen Gründen notwendig, so müssen diese gemäß § 9 Abs. 5 StVO und **DGUV Vorschrift 70 „Fahrzeuge“** so durchgeführt werden, dass eine Gefährdung von Menschen und Sachen ausgeschlossen ist.

Jeder Fahrzeugführer ist daher verpflichtet, diese Gefahren vor Fahrt-beginn auszuschließen. Hierzu ist jedenfalls mit Schrittgeschwindigkeit zu fahren. Ist eine Rundumsicht nicht sichergestellt, sind weitere Schutzmaßnahmen erforderlich, z. B.:

- Einweisung: Der Einweiser muss sich im Sichtbereich des Fahrzeugführers aufhalten und darf keine andere Tätigkeit zeitgleich durchführen.
- Verwendung von Rückfahr-Videosystemen

### 14.2 Anforderungen an Transporte mit Kippsattelzügen/Muldenkippern

Bei Transporten sowie den dazugehörigen Be- und Entladetätigkeiten sind die Inhalte und Empfehlungen der **DGUV Information 214-023 „Nur nicht Umkippen“** vom AN zwingend zu beachten und einzuhalten.

Dem AN obliegen folgende weitere Verpflichtungen:

- Erstellung spezifischer Gefährdungsbeurteilungen für Transport sowie Be- und Entladetätigkeiten vor Arbeitsaufnahme
- Erstellung von Betriebsanweisungen in Zusammenarbeit mit dem Bauleiter des AG vor Arbeitsaufnahme
- Schulung/Instruktion der Fahrer in Bezug auf vorstehende Dokumente sowie die Führung einer Unterweisungsdokumentation vor Arbeitsaufnahme

### 14.3 Einsatz von Flurförderzeugen

Der AN hat dafür zu sorgen, dass Flurförderzeuge nach **DGUV Vorschrift 68**, die auf dem Gelände des AG zum Einsatz kommen, allen einschlägigen Vorschriften und ggf. der Straßenverkehrszulassungsverordnung genügen. Flurförderzeuge dürfen nur von ausgebildeten und betrieblich beauftragten Personen bedient werden.

### 14.4 Arbeiten und Aufenthalt in der Nähe von spannungsführenden Freileitungen

Bei allen Arbeiten ist eine schriftliche Arbeitserlaubnis nach Arbeitserlaubnisverfahren mit spezieller Einweisung vor Ort durch anlagenverantwortliches Betriebspersonal erforderlich.

Die Freischnittmaßnahmen und Sicherungsmaßnahmen werden vom anlagen-verantwortlichen Betriebspersonal festgelegt und durchgeführt.

Die Schutzabstände und Rahmenbedingungen werden vom anlagenverantwortlichen Betriebspersonal nach geltenden Regelwerken und Vorschriften in der Arbeitserlaubnis festgelegt. Das Arbeiten unter Freileitungen ist grundsätzlich verboten und nur durch explizite Freigabe durch den Betriebsverantwortlichen möglich.

Die Schutzabstände dürfen nicht unterschritten werden! Dieses gilt auch bei:

- Bau-, Montage-, Transport-, Anstrich-, Ausbesserungs- und Gerüstarbeiten
- Arbeiten mit Hebezeugen, Baumaschinen, Fördergeräten sowie sonstigen Geräten und Bauhilfsmitteln (z. B. Leitern, Gerüststangen u. ä.)
- Ausschwingen von Lasten, Tragmitteln und Lastaufnahmemitteln

Leitern und sperrige Gegenstände sind von 2 Personen in tiefer Horizontallage zu tragen.

Ein Ausschwingen des Leiterseiles muss berücksichtigt werden. Die Durchfahrt ist verboten, wenn die Fahrzeuge einschließlich Aufbauten, Leitern, Antennen u. ä. die vorhandenen Höhenangaben überschreiten. Wenn Sie die Anlage begehen, schauen Sie sich aufmerksam die Wege und Freiräume in Hinblick auf Drachenschnüre an!

### 14.5 Baustromversorgung

Am Baustrom dürfen nur geeignete und zugelassene Arbeitsmittel, angeschlossen werden.

Für die Klärung aller Fragen aus den Bereichen Baustromversorgung, Baubeleuchtung, Heizung usw. ergeben, ist die jeweils zuständige Elektrofachkraft anzusprechen.

## **15 Ergänzende Sicherheitsregeln bei Tätigkeiten im Bereich Erzeugung**

### **15.1 Begriffserklärungen**

Aus Gründen der Lesbarkeit wurde im Text die männliche Form gewählt, nichtsdestoweniger beziehen sich die Angaben auf Angehörige aller Geschlechter.

#### **Abkürzungen:**

AE	Arbeitserlaubnis
AG	Auftraggeber
AN	Auftragnehmer
AuS	Arbeiten unter Spannung
GBU	Gefährdungsbeurteilung
GÜ	Grundüberholung
HEnW	Hamburger Energiewerke
HKW	Heizkraftwerk
AufV	Auftragsverantwortlicher
AvO	Aufsichtsführender vor Ort
VKP	Verantwortliche Kontaktperson des AG

#### **15.1.1 Auftragsverantwortlicher (AufV)**

Durch den AG ist in Abstimmung mit dem AN für bestimmte Aufträge ein auftragsverantwortlicher AvO festzulegen. Der AvO dieses Bereiches ist dann der AufV.

Der AufV ist zuständig für die Abwicklung des gesamten Auftrages, und der Ansprechpartner des VKP des AG.

Mit dieser Aufgabe übernimmt der AufV auch Verantwortung im Arbeitserlaubnisverfahren (Heißarbeitserlaubnis, Behälter-/Begeherlaubnis). Die jeweilige Gesamt-Auftragsverantwortung ist nur einem AufV zugeordnet.

#### **15.1.2 Aufsichtsführender vor Ort (AvO)**

Für jedes einzelne Gewerk eines Auftrages ist ein AvO, durch den AN benannt. Dieser muss als AvO fachlich und persönlich geeignet sein. Der AvO ist für die Durchführung seiner Arbeit, die Einhaltung der Arbeitssicherheit seiner MA, des Umwelt- und Brandschutzes und ggf. für die Abstimmung mit dem AufV zuständig.

Der AvO erhält nach Einweisung die (AE) vom Betriebsverantwortlichen und weist seine Beschäftigten, ggf. den auf die Schicht folgenden AvO, in die Gefahren und die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen ein.

Der AvO erhält vom AufV bei Bedarf eine Einweisung in die Begeh-/Befahrerlaubnis oder Heißarbeitserlaubnis und weist seine Beschäftigten, Sicherungsposten und Brandwachen in die Gefahren und die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen ein.

Er legt zusammen mit den AufV und ggf. dem VKP weitere Sicherheitsmaßnahmen unter Berücksichtigung der tätigkeitsbezogenen GB fest.

Der AvO dokumentiert die Einweisung auf dem Erweiterungsdokument. (Erweiterungsdokumente der AE sind die Begeh-/Befahrerlaubnis oder Heißarbeitserlaubnis diese werden vom Betriebsverantwortlichen mit ausgegeben).

#### **15.1.3 Verantwortliche Kontaktperson des AG (VKP)**

Ist Ansprechpartner und unterstützt den AN bei der Auftragsabarbeitung. Der VKP vertritt die Interessen des AG in puncto Arbeitssicherheit, Qualität, Quantität und Termintreue.

Der VKP dient als Kommunikator zwischen den AN und dem AG.

Der VKP begleitet den Abschnitt (anlagenverantwortlicher Bereich des AG) bei Befundaufnahmen und wirkt bei dem Prozess der Abnahme, mit Hilfe der Abnahmeprotokolle, mit.

Der VKP ist in allen Belangen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes weisungsbefugt.

## 15.2 Allgemeine Hinweise

### 15.2.1 Verhalten

Die Anlagenbereiche bzw. Betriebsanlagen dürfen zur Arbeitsaufnahme erst nach erteilter Arbeitserlaubnis betreten werden.

Sicherheitstechnische Mängel, Störungen und Schäden im Arbeitsbereich sind unverzüglich dem AG zu melden.

Warnhinweise, Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung und Verbote /Gebote sind in den technologischen Bereichen ausgewiesen und strikt einzuhalten.

Wenn eine Einfahrgenehmigung seitens des Werkschutzes vorliegt, sind Fahrzeuge innerhalb der Kraftwerksstandorte so abzustellen, das Flucht- und Verkehrswege nicht behindert werden.

Verstöße gegen die Ihnen vorliegenden Sicherheitsbestimmungen werden nicht toleriert und entsprechend geahndet.

### 15.2.2 Organisatorische Arbeitssicherheit

Der GB-Erzeugung, behält sich vor, Einsicht in die Arbeitsschutzdokumentationen der AN (Gefährdungsbeurteilung, Unterlagen nach der Gefahrstoffverordnung, Nachweise durchgeführter arbeitsmedizinischer Vorsorge, Unterweisungsunterlagen, Befähigungsnachweise usw.) zu nehmen. Die Unterlagen sind während der Durchführung der Arbeiten auf dem Kraftwerksgelände vorzuhalten. Die Ergebnisse der Überprüfung werden dokumentiert, kommuniziert und in der jeweiligen Fremdfirmenakte archiviert.

### 15.2.3 Arbeitssicherheitskontrollen

Die Einhaltung der Anforderungen dieser Sicherheitsregeln für Fremdfirmen werden durch beauftragte Personen (z.B. VKP), überprüft. Kontrollen werden schriftlich dokumentiert, direkt an das Gewerk kommuniziert und ausgewertet (Fremdfirmenbeurteilung).

Die Ergebnisse der Auswertungen werden den Firmen einmal jährlich mitgeteilt (Feedbackbriefe). Beschäftigte, die auffällig sind, werden entsprechend eines Eskalationsverfahrens behandelt, dies kann zu einem Verweis vom Werksgelände führen.

### 15.2.4 Arbeitsmittel

Bei Arbeiten mit ortsveränderlichen elektr. Betriebsmitteln muss mit Schutztrennung (Trenntransformator) oder Schutzkleinspannung gearbeitet werden.

Es darf nur ein Gerät pro Trenntrafo verwendet werden.

Trenntransformatoren sind außerhalb des leitfähigen Bereiches mit begrenzter Bewegungsfreiheit aufzustellen. Der Trenntransformator ist so nah wie möglich am Stützpunkt bzw. Baustromverteiler aufzustellen, damit der Personenschutz auch für das Verlängerungskabel gegeben ist. Verlängerungskabel sind so zu verlegen, dass von ihnen keine Stolpergefahr ausgeht (z. B. hoch hängen).

Es sind nur Werkzeuge mit Wiederanlaufschutz nach Netzzückkehr zu verwenden.

Beleuchtung in technologischem Bereich ist nur mit Schutzkleinspannung zu betreiben (42 Volt).

**Ausnahmen** für den Gebrauch von Trenntransformatoren:

In Verwaltungsgebäuden, Schaltanlagen, Warten, Werkstätten, Lager, Labor.

Arbeitsmittel, die nicht für den Handbetrieb konstruiert sind und nicht während des Verwendens in der Hand geführt werden. (z. B. Heizlüfter, Tauchpumpen)

**Verbote** von Trenntransformatoren:

Es dürfen keine Fußbodenreinigungsmaschinen und Staubsauger an einen Trenntransformator angeschlossen werden, damit die beim Reinigen entstehende elektrostatische Aufladung über den Schutzleiter abgeleitet werden kann.



#### 15.2.5 Sicherheitscheck vor Ort

Vor Aufnahme der einzelnen Arbeit durch den AN, ist durch die BS vor Ort eine Risikobeurteilung vor Arbeitsaufnahme durchzuführen (mindestens 1x arbeitstäglich). AN, welche SCC-zertifiziert sind benutzen, wenn vorhanden ihre eigene Analysekarte zur Durchführung der Beurteilung. Alle anderen AN nutzen den Vordruck „Risikobeurteilung vor Arbeitsaufnahme“ des AG.

Ausgabe der blanko Karten und Rücknahme der ausgefüllten Karten (Original od. Kopie), durch die Arbeitsvorbereitung am jeweiligen Standort.

#### 15.2.6 Vor Beginn der Arbeiten

Vor Beginn der Arbeiten sind durch den AvO der Fremdfirma folgende Punkte zu erledigen:

- Kontaktaufnahme mit dem AG im jeweiligen Bereich Hier erfolgt die Entgegennahme von Anweisungen an den AN und Übergabe der Arbeitspapiere, sowie des Empfangsprotokolls.
- Den Kontakt zur zuständigen Verantwortlichen Kontaktperson (VKP) herstellen.
- Abholung der Arbeitserlaubnis im Freischaltbüro für alle Arbeiten, sowie aller weiteren notwendigen Arbeitspapiere (Siehe Arbeitserlaubnisverfahren).
- Aufnahme der Arbeiten erst nach erfolgter ortsbezogener Einweisung des AvO's und Arbeitserlaubnis.
- Der AvO muss nach der Einweisung vor Ort seine Mitarbeiter in die durchzuführenden Arbeiten und Sicherheitsbestimmungen unterweisen.
- Durchführen der „Risikobeurteilung vor Arbeitsaufnahme“ (Sicherheitscheck vor Ort)

#### 15.2.7 Beendigung der Arbeiten

Nach Beendigung von Arbeiten an Gebäuden, Anlagen oder Maschinen ist eine Endkontrolle durch den AG durchzuführen und zu protokollieren (Abnahmeprotokoll). Hierbei ist besonders darauf zu achten, dass betroffene sicherheitsrelevante Einrichtungen (z. B. Gitterroste, Abdeckungen, Endschalter, Brandmelder) ordnungsgemäß zurückgebaut sind bzw. funktionieren. Alle Werkzeuge, Teile, Abfallstücke bzw. Materialreste müssen entfernt werden. Die Abfallbeseitigung erfolgt nach den entsprechenden Vorschriften.

#### 15.2.8 Verkehrssicherungspflicht

Baustellen, Ausschachtungen, Gruben, Kanäle, Bodenöffnungen usw. sind bei Beginn der Arbeiten und während der gesamten Bau- und Montagezeit mit festen Absperrungen abzusichern (einschl. Beleuchtung). Absperrungen sind mit Schildern zu versehen aus denen hervorgeht, wer die Absperrung erstellt hat (Firmenname und Telefonnummer) und seit wann die Absperrung aufgestellt worden ist. Das Absperrern mit Flatterband ist nicht erlaubt. Wird der normale Verkehrsablauf behindert, so ist durch geeignete Beschilderung rechtzeitig auf die Gefahrenstelle hinzuweisen.

Bei Erfordernis der Demontage von Absturzsicherungen, z.B. Gitterrosten, ist eine Arbeitserlaubnis beim Betriebsverantwortlichen (Schichtleiter) zu beantragen.

Beim wieder Einbau ist zu beachten:

- Sicherung gegen Verrutschen ist herzustellen
- Alle Befestigung gegen Herausheben sind zu montieren
- Einbaulage, d.h. Tragstabrichtung des Gitterrostes bei Remontage ist einzuhalten
- Bei mechanischer Beschädigung der Gitterroste ist der Bereich abzusperren und dem Betriebsverantwortlichen unverzüglich zu melden

Jede Baustelle auf Werksstraßen oder -plätzen darf nur nach vorheriger Abstimmung mit dem Koordinator bzw. Auftraggeber eingerichtet werden.

Bei Arbeiten oberhalb bestehender Arbeitsstellen, Verkehrsflächen usw. sind zum Schutz gegen herabfallende Baustoffe oder Werkzeuge entsprechend tragfähige Schutzdächer zu erstellen, oder die Gefahrenzone ist entsprechend gegen Zutritt zu sichern.

### 15.3 Arbeitserlaubnisverfahren

#### 15.3.1 Arbeitserlaubnis

Die Arbeitserlaubnis ist rechtzeitig vor Beginn der Arbeiten vom AvO beim Betriebsverantwortlichen einzuholen bzw. zu beantragen. Sie ist anschließend stets vor Ort zu haben, um auf Verlangen vorgezeigt werden zu können. Durch die Checkliste für Arbeitssicherheit wird dies in Stichproben überprüft.

Ein Arbeitserlaubnisschein (AE) darf nicht kopiert werden.

Abgelaufene Arbeitserlaubnisse / -scheine müssen verlängert und dürfen mit einem abgelaufenen Datum nicht weiter genutzt werden. Die Arbeitserlaubnis / -schein ist nach Ablauf des Enddatums (siehe AE-Schein) erloschen und ungültig.

Nicht mehr auffindbare oder nicht mehr lesbare Arbeitserlaubnisse / -scheine müssen neu angefordert werden.

Schalthandlungen und der Austausch von Sicherungen dürfen nur von schaltberechtigtem Betriebspersonal des AGs durchgeführt werden.

Ist eine Abnahme- bzw. Funktionsprüfung vorgesehen (z. B. Probelauf oder Einstellung von Endschaltern), sind hierfür die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen einzuhalten.

Der AvO hat solche Prüfungen beim Betriebsverantwortlichen anzumelden und dieser veranlasst die Freischaltung ganz oder teilweise vorübergehend aufzuheben. Die hierfür erforderlichen Schalthandlungen werden im Freischaltschein dokumentiert.

Nach Abschluss der Abnahme- bzw. Funktionsprüfung ist der Freischaltzustand wiederherzustellen, wenn die Arbeiten noch nicht abgeschlossen sind. Dieses ist auf dem Freischaltschein zu dokumentieren.

#### 15.3.1.1 Rückgabe der Arbeitserlaubnis (Fertigmeldung)

Nach Abschluss der Arbeiten ist vom AvO die Arbeit zeitnah durch Rückgabe der Arbeitserlaubnis mit Datum und Unterschrift fertig zu melden. Mit der Fertigmeldung wird auch die Rücknahme der Sicherheitsmaßnahmen bestätigt, die vom AvO zusätzlich zur Arbeitsausführung durchgeführt wurden.

#### 15.3.1.2 Einweisung in die Arbeitsstelle

Grundsätzlich werden alle Einweisungen vor Ort durch den Schichtmeister/das Schichtpersonal des AG durchgeführt.

#### 15.3.2 Heißarbeitserlaubnis

Wird zur Durchführung von Bau- und Reparaturarbeiten der Einsatz von Heiarbeiten (dazu gehören auch Autogen- und Elektroschweißen, Verwendung von flammbeheizten Geräten, Flmmarbeiten und funkenreißende Arbeiten) erforderlich, so ist durch den Auftragsverantwortlichen (AufV) bei dem Betriebsverantwortlichen ein Heiarbeitserlaubnisschein einzuholen. Dieser wird vor Ort ausgehängt und die Schutzmaßnahmen besprochen.

Zudem ist durch den AN eine Brandwache mit den erforderlichen, geeigneten und ausreichenden Löschmitteln zu stellen.

Die Brandwache muss in dem Umgang mit dem Löschmittel ausgebildet sein und eine orange Warnweste tragen.

Die Auflagen und Maßnahmen für ein sicheres Arbeiten, werden durch den Betriebsverantwortlichen (Schichtmeister) festgelegt und in der Heißarbeitserlaubnis beschrieben.

Der Auftragsverantwortliche (AufV) weist sowohl seine und ggf. auch alle anderen beteiligten Gewerke (AvO's) in die Sicherheitsmaßnahmen ein. Dieses wird auf dem Erweiterungsdokument dokumentiert.

Er legt zusammen mit den AvO's unter Beteiligung des VKP evtl. weitere Sicherheitsmaßnahmen unter Berücksichtigung der tätigkeitsbezogenen Gefährdungsbeurteilung fest.

Nach Beendigung der Arbeiten, gibt er die Heißarbeitserlaubnis beim Betriebsverantwortlichen wieder ab (kann in Verbindung mit der AE geschehen).

#### 15.3.3 Behlterbegeh- und Befahrerlaubnis

Bei Arbeiten in engen Räumen, Behältern, Schächten, Kanälen und Rohren ist eine Befahrerlaubnis durch den AufV vom Betriebsverantwortlichen einzuholen.

Diese wird vor Ort ausgehängt. Das Schichtpersonal führt eine Freimessung vor der Erstbefahrung/Erstbegehung durch.

Die erforderlichen Schutzmaßnahmen, werden durch den Betriebsverantwortlichen (Schichtmeister) festgelegt und in der "Begeh- und Befahrerlaubnis" dokumentiert.

Der AufV weist alle beteiligten Gewerke (AvO's) in die Sicherheitsmaßnahmen ein.

Dieses wird auf dem Erweiterungsdokument dokumentiert.

Die Begeh- und Befahrerlaubnis sowie das Erweiterungsdokument sind an **allen** Zugängen des Behälters, Silos oder engen Raumes auszuhängen. Öffnungen die nicht als Zugang dienen, sind durch eine entsprechende Beschilderung „**Zutritt verboten**“ zu kennzeichnen.

Der AufV legt zusammen mit den AvO's und in Absprache mit dem VKP evtl. weitere Sicherheitsmaßnahmen unter Berücksichtigung der tätigkeitsbezogenen Gefährdungsbeurteilung fest.

Ist aufgrund der Gefährdungsbeurteilung eine kontinuierliche Überwachung der Atmosphäre (Gefahrstoffe oder Atemluft) nötig, hat der AN hierfür geeignete und geprüfte Messgeräte zu stellen.

Bei Arbeiten in Behältern, Silos und engen Räumen muss der AN vor Arbeitsaufnahme ein Rettungskonzept entwickeln und mit dem VKP abstimmen.

Das zur Rettung notwendige Rettungsequipment ist vor Ort vorzuhalten. Zusätzlich ist mindestens ein Sicherungsposten am Zugang durch den AN zu stellen. Dieser ist durch eine gelbe Weste zu kennzeichnen und muss, die deutsche Sprache beherrschen.

Der Sicherungsposten muss ständig die Verbindung zu den Beschäftigten im Behälter haben (Sicht oder Rufkontakt) und veranlasst im Notfall die Rettung bzw. die Räumung des Behälters, und führt zudem eine Liste aller in seinem Überwachungsbereich befindlichen Personen.

Nach Abschluss der Arbeiten, mit Abgabe der Behälterbefahrerlaubnis ist der Zugang zum Behälter, Silo oder engen Raum durch den AN mit der entsprechenden Beschilderung „Zutritt verboten“ zu sperren.

#### 15.3.4 Tiefbauarbeiten an den Kraftwerksstandorten Tiefstack, Wedel und HafenCity

Soweit nicht anders mit dem Auftraggeber vereinbart, sind Tiefbauarbeiten in Handschachtung auszuführen, um eine Gefährdung durch unterirdische Leitungen und Anlagen zu vermeiden. Andere Arbeitsweisen sind zulässig, sofern diese mit dem Auftraggeber abgestimmt und im Auftrag schriftlich freigegeben wurden.

Dies gilt unabhängig von der Informationspflicht des Bauherrn oder Auftraggebers.

## 15.4 Fachspezifische Regelungen zum Arbeits-, Brand- und Umweltschutz

### 15.4.1 Einweisung in Arbeitsmittel des Auftraggebers

Die AN sind werksvertraglich verpflichtet, ihre zur Durchführung der beauftragten Arbeiten benötigten Arbeitsmittel, bereit zu halten.

Eine leihweise Überlassung von Arbeits- und Betriebsmitteln sowie von Zubehöerteilen und Verbrauchsmaterial aus Beständen des AG an Mitarbeitende des AN ist nicht vorgesehen und bedarf einer Einzelfallregelung.

Einzelfallregelungen bedürfen einer Einweisung durch das Personal des AG. Die Einweisung ist zu dokumentieren!

Eingewiesen wird:

1. Der Arbeitsverantwortliche (AvO):

Der Arbeitsverantwortliche unterweist danach seine eigenen für die Arbeitsaufgabe qualifizierten Mitarbeiter.

Der AvO legt vor der Einweisung in die Bedienung des Arbeitsmittels des AG, die entsprechende Qualifizierung (inkl. der evtl. notwendigen Untersuchungsnachweise), so wie die Beauftragung durch seine Firma beim Einweisenden, vor. Die anschließende, evtl. folgende, Unterweisung seiner eigenen Beschäftigten ist zu dokumentieren. Diese Dokumentation ist am Standort vorzuhalten.

2. Speziell beauftragte Person/ en:

Die Einweisung der speziell beauftragten Person/en findet im Beisein des Arbeitsverantwortlichen statt. Die Teilnahme ist im Einzelnachweis entsprechend zu dokumentieren.

#### 15.4.1.1 Einweisungspflichtige Arbeitsmittel:

- Flurförderfahrzeuge (Gabelstapler, Regalstapler, Mitgänger-Flurförderzeuge)
- Bagger
- Radlader
- Hubarbeitsbühnen
- Krane (flurgesteuert, kanzelgesteuert)
- standortspezifische Arbeitsmittel (z. B. Schornsteinaufzug, Kesselaufzug etc.)
- alle Arbeitsmittel, die mit einer Betriebsanleitung ausgeliefert werden, bedürfen einer Einweisung

Die jeweiligen Abläufe und Ansprechpartner sind über den zuständigen Teilbereichs Koordinator zu erfragen.

#### 15.4.2 Brandschutz

Die Hinweise auf Rauchverbotszonen und den Umgang mit Feuer bzw. offenem Licht sind zu beachten.

Feuer- und Rauchschutztüren müssen ständig geschlossen gehalten werden, wenn nicht eine automatische Schließtechnik vorhanden ist. Das Feststellen oben genannter Türen durch Keile, Gegenstände oder dergleichen ist verboten.

Erstellte Mauerdurchbrüche und Brandschotte sind im Anschluss an Arbeiten (u. U. arbeitstäglich) sach- und fachgerecht zu verschließen und normgerecht zu kennzeichnen. Prüfzeugnisse über die bauaufsichtliche Zulassung der verwendeten Bauteile und Materialien sind dem AG zu übergeben.

Benutzung von Staubsaugern:

Beachten Sie, dass druckluftbetriebene Staubsauger, gemäß der Betriebsanleitung der Hersteller geerdet werden müssen.

#### 15.4.3 Einhaltung von Schallimmissionen

##### **HKW-Wedel:**

An den maßgeblichen Immissionsorten in westlich angrenzenden Wohngebieten darf der Immissionsrichtwert nicht überschritten werden:

- 40 dB(A) nachts (20.00 bis 07.00 Uhr)
- 55 dB(A) tags (07.00 bis 20.00 Uhr).

#### 15.4.4 Erste Hilfe

Verbandkästen für die Erstversorgung stehen in vielen Bereichen des Kraftwerkes zur Verfügung. Unabhängig von der Bereitstellung der Verbandkästen durch das Kraftwerk, ist jedes Gewerk gemäß DGUV Vorschrift 1 §25 dazu verpflichtet, Erste-Hilfe-Material eigenständig und in ausreichender Menge vorzuhalten.

#### 15.4.5 Meldung bei Unfällen und Verletzungen

Darüber hinaus ist jede Verletzung umgehend, unter Nennung eines Zeugen im Verbandbuch (Werkschutz) zu dokumentieren und ggf. vom Betriebsarzt behandeln zu lassen.

Hierzu ist der von HEnW zur Verfügung gestellte Unfallmeldebogen zusätzlich zur eigenen Meldung zu benutzen.

Ist eine abschließende Klärung der Unfallursache nicht sofort möglich, hat der AN unverzüglich nach deren Klärung, spätestens aber 10 Werktagen nach dem Unfall, eine abschließende Unfallanalyse dem AG vorzulegen.

Auf der Arbeitsstätte sind vom AN Angaben über

- die Erreichbarkeit des nächstgelegenen Durchgangsarztes, Facharztes und Krankenhauses,
- die Erreichbarkeit der Rettungsdienste, Notrufnummer des Standortes (Safety Card)
- die zuständigen Ersthelfer

bereitzuhalten.

Die notwendigen Informationen zum nächstgelegenen Durchgangsarzt, Facharzt und Krankenhaus erhalten Sie beim Werkschutz bzw. im Aushang.

Weitere Angaben zum Betriebssanitäter (Standort, Notruf usw.) erhalten Sie bei der jeweiligen standortbezogenen Einweisung.

#### 15.4.6 Meldung von Vorfällen und unsicheren Zuständen

Alle, im Zusammenhang mit dem Auftrag stehenden Beinaheunfälle und unsichere Zustände sind unverzüglich dem AG mitzuteilen.

### 15.5 Verhalten an, in und in der Nähe von elektrischen Anlagen

#### 15.5.1 Grundsätze

Der Auftragsverantwortliche muss alle an der Arbeit beteiligten Personen über alle Gefahren unterrichten.

An unter Spannung stehenden aktiven Teilen elektrischer Anlagen und Betriebsmittel darf grundsätzlich nicht gearbeitet werden.

Vor Beginn der Arbeiten an aktiven Teilen elektrischer Anlagen und Betriebsmittel muss der spannungsfreie Zustand durch den Betriebsverantwortlichen hergestellt und für die Dauer der Arbeiten sichergestellt werden.

In der Nähe aktiver Teile elektrischer Anlagen und Betriebsmittel, darf nur gearbeitet werden, wenn deren spannungsfreier Zustand hergestellt und für die Dauer der Arbeiten sichergestellt ist, oder die aktiven Teile für die Dauer der Arbeiten, durch Abdecken oder Abschränken geschützt worden sind, oder die zulässigen Annäherungen nicht unterschritten werden.

Im Ausnahmefall können Arbeiten unter Spannung entsprechend der XEK\_AA0606 Arbeiten unter Spannung durchgeführt werden.

#### 15.5.2 Arbeiten an oder in der Nähe von Generatoren, Ableitungen oder Transformatoren

An der Generatorableitung darf nur im frei geschalteten Zustand mit schriftlicher Arbeitserlaubnis gearbeitet werden.

Bereiche mit Grenzwertüberschreitung der elektromagnetischen Felder dürfen von Personen mit aktiven Implantaten nicht betreten werden.

#### **Hinweisschilder beachten**

Arbeiten an oder in der Nähe der Generator/Turbinenwelle nur bei stehender Welle durchführen (wenn dies nicht möglich ist, nur nach Anweisung des Vorgesetzten mit besonderer Vorsicht und enganliegender PSA).

Lagerdeckel und Gehäuseteile dürfen nicht bestiegen werden.

Die PSA ist der Art der Tätigkeit und den örtlichen Gegebenheiten anzupassen. Die Anforderungen ergeben sich aus der tätigkeitsbezogenen Gefährdungsbeurteilung, den Unterweisungen der E-Fachkräfte sowie den Festlegungen im Arbeitserlaubnisverfahren.

#### 15.5.3 Arbeiten in bzw. an Batterie-Anlagen

In Batterieräumen und Ladestationen ist das Essen, Trinken und Rauchen verboten. Nach dem Arbeiten an Batterien sind die Hände gründlich zu waschen.

In Batterieräume und bei Instandhaltungsarbeiten an Batterien ist die erforderliche persönliche Schutzausrüstung (Schutzhandschuhe, Schutzschürze, Gesichtsschutz, Schutzschuhe) zu verwenden.

Vor Ort ist durch den AN eine Augenspüleinrichtung (Augenspülflasche oder stationäre Augenbrause) bereitzuhalten.

In Batterieanlagen ist der Gebrauch von offenem Feuer oder glühenden Körpern grundsätzlich verboten.

Müssen an Batterien oder in deren Nähe Heißenarbeiten durchgeführt werden, so darf dies nur durch unterwiesene Personen und erst dann geschehen, wenn der Raum ausreichend belüftet wurde.

#### **Warn und Hinweisschilder beachten!**

## **16 Informationssicherheit und Vertraulichkeitsvereinbarung**

Alle dem Auftragnehmer oder seiner Subunternehmer im Zuge der Vertragserfüllung zugänglich gemachten Informationen gelten als vertraulich.

Die Form der Information spielt dabei keine Rolle. Als zur Erlangung der genannten Informationen berechtigt anzusehen sind ausschließlich Mitarbeiter des Auftragnehmers, die die entsprechenden Informationen zur Vertragserfüllung benötigen.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle ihm direkt oder indirekt erlangten Informationen strikt vertraulich zu behandeln und diese nicht ohne vorherige schriftliche Zustimmung der HEnW an Dritte auszuhändigen, weiterzuleiten oder auf sonstige Weise zugänglich zu machen.

Dies gilt nicht für Informationen, die dem Auftragnehmer bei Empfang bereits bekannt waren oder von denen er anderweitig Kenntnis (z.B. von Dritten ohne Vorbehalt der Vertraulichkeit oder durch eigene unabhängige Bemühungen) erlangt hat. Der Auftragnehmer erklärt, dass er alle ihm zur Kenntnis erlangten Informationen ausschließlich zum Zweck der Vertragserfüllung verwendet bzw. verwenden wird.

Ergänzend verpflichtet sich der Auftragnehmer im Rahmen der Leistungserbringung, alle relevanten und dokumentiert unterwiesenen Richtlinien und Arbeitseinweisungen bezüglich der Informationssicherheit und des Datenschutzes verbindlich umzusetzen und einzuhalten. Darüber hinaus verpflichtet sich der Auftragnehmer dazu, geeignete Vorkehrungen zum Schutz der Informationen zu treffen. Elektronische Informationen sind mit geeigneten Schutzmaßnahmen nach aktuellem Stand der Technik zu schützen.

Physische Informationen wie z.B. schriftliche Informationen sind sicher und in angemessenem Umfang unter Verschluss zu halten und damit gegen unberechtigten Zugriff durch Dritte zu sichern.

Ergänzend verpflichtet sich der Auftragnehmer zur Einhaltung aller bestehenden gesetzlichen und sonstigen rechtlichen Regelungen zum Datenschutz. Die HEnW kann vom Auftragnehmer jederzeit verlangen, dass die ausgehändigten Arbeitsunterlagen, Materialien und Systeme einschließlich sämtlicher Kopien umgehend zurückgegeben werden.

Vermerke und andere Unterlagen, die der Auftragnehmer angefertigt hat und vertrauliche Informationen der Wärme enthalten, sind ebenfalls an diesen herauszugeben. Bei elektronischen Informationen hat zudem eine schriftliche Bestätigung einer unwiederbringlichen Datenlöschung zu erfolgen. Foto- und Filmaufnahmen auf den Standorten der HEnW sind nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung gestattet.

Eine Verbindung mit oder Nutzung von IT-Systemen und mobilen Endgeräten der Hamburger Energiewerke ist ausschließlich zum Zweck der Vertragserfüllung zulässig, sofern die HEnW eine explizite Erlaubnis erteilt und die erforderlichen Berechtigungen vorliegen.

## **17 Haftungsausschluss**

Die Inhalte dieser Sicherheitsregeln für Fremdfirmen stellen eine Grobübersicht der arbeitsspezifischen Gefahren und Tätigkeiten dar. In diesem Dokument genannte Fundstellen für berufsgenossenschaftliche und/oder staatliche Regelungen sind hier nur beispielhaft genannt.

Der AN hat sich eigenverantwortlich aktuell über seine öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen zu informieren und die Einhaltung sicherzustellen. Dieses Dokument erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.